

"Europäisches Bewußtsein" in Süddeutsche Zeitung (5. Mai 1949)

Legende: Am 5. Mai 1949 befasst sich die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung mit den diplomatischen Verhandlungen, die die Einführung einer politischen Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Ländern Westeuropas und die Gründung des Europarates zum Ziel haben.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. FRIEDMANN, Werner; GOLDSCHAGG, Edmund; SCHÖNINGH, Dr. Franz Joseph; SCHWINGENSTEIN, August ; Herausgeber DAHLMANN, Alfred; KREYSSIG, Gerhard. 05.05.1949, n° 52; 5. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Europäisches Bewusstsein", auteur:Holldack, Heinz , p. 1.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"europaisches_bewuoftsein"_in_suddeutsche_zeitung_5_mai_1949-de-0fae1d74-a792-4c85-99e9-d7f51d2fe07c.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 14/05/2013

Europäisches Bewußtsein

von Heinz Holldack

„In einer von politischen und wirtschaftlichen Einheiten kontinentalen Ausmaßes beherrschten Welt können die europäischen Nationen nicht hoffen, auf der Grundlage politischer oder wirtschaftlicher Unabhängigkeit weiter zu bestehen.“ Dieser Satz steht an der Spitze der Empfehlungen, welche der Brüsseler Kongreß der Europäischen Bewegung im Februar dieses Jahres formuliert hat. Er kennzeichnet die Lage, in der sich die Völker unseres Kontinents nach dem zweiten Weltkrieg befinden, durchaus zutreffend. Aber damit, daß die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses erkannt wird, ist es noch nicht getan. Wir sind noch weit von einer wirksamen gesamteuropäischen Organisation entfernt. Aber wir haben auf der anderen Seite keinen Grund zu übertriebenem Pessimismus. Beides lehren die Verhandlungen, die in diesen Tagen von den Ministern zehn europäischer Länder in London über den Entwurf für die Satzungen des Europa-Rats geführt werden.

Der zweite Weltkrieg, seine Vorgeschichte, sein Verlauf und seine Folgen zeigten so deutlich, daß die europäischen Völker von der weltpolitischen Bühne abtreten müssen, wenn sie sich nicht in einer größeren Interessengemeinschaft vereinen, daß das Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“, wie man so sagt, in der Luft lag. Seit 1945 entstanden nicht weniger als sieben Verbände, die sich die Errichtung einer Europäischen Union oder Föderation zum Ziele setzten. Daß sie sich zusammenschlossen und im Dezember 1947 einen „Koordinierungsausschuß der Bewegungen für die Einheit Europas“ bildeten, war schon ein großer Fortschritt. Denn die Verbände liefen in der Vereinzelung Gefahr, den großen Gedanken zu zersplittern und zum Objekt theoretischer Diskussionen zu machen. Nur vereint konnten sie ein Programm ausarbeiten und aus der Sphäre privater Besprechungen den Weg zu praktischer Politik finden.

Das geschah auf dem Kongreß, den der Koordinierungsausschuß im Mai 1948 im Haag abgehalten hat. Man erkannte, daß die schönsten Gedanken und die festformulierten Beschlüsse nichts nützen, solange der Ansatz zur Realität fehlt. Den aber konnten nur die Regierungen bieten. Wer die Geschichte der nationalen Einheitsbewegungen des vorigen Jahrhunderts kennt, weiß, daß die hochfliegenden Pläne zu größeren Zusammenschlüssen an den realen Gegebenheiten der Mächte scheitern, die sich vereinigen sollen, wenn es nicht gelingt, diese selbst zu gewinnen. In voller Erkenntnis dieser Tatsache erklärte der Haager Kongreß denn auch: „Die Entscheidung wird bei den Regierungen liegen, die, im Besitz der Autorität, allein in der Lage sind, sich zu vereinen.“ Der Haager Kongreß glaubte, den Zusammenschluß der europäischen Völker auf parlamentarischer Grundlage herstellen zu können. Er schlug daher die Einberufung eines Europäischen Rates vor, der aus den Mitgliedern der einzelstaatlichen Parlamente gebildet werden soll. Ein Ausschuß unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Paul Ramadier wurde damit beauftragt, die Vorschläge für die Europäische Versammlung zu einem Memorandum auszuarbeiten, das den interessierten Regierungen unterbreitet werden sollte. Am 17. August legte Ramadier das Memorandum vor. Es sah eine Europäische Versammlung vor; ihr wurde keine gesetzgebende und keine vollziehende Gewalt zugesprochen, sie sollte nur die Regierungen beraten. Es war eine sehr vorsichtige, keineswegs utopische Verfahrensweise, mit deren Hilfe Ramadier schrittweise die Europäische Union herbeiführen wollte.

Wenn wir die Aufnahme des Projekts durch die beteiligten Regierungen, besonders die französische und britische, verfolgen, so wechseln wir aus der dünnen Höhenluft der Ideologien in das dichte Gestrüpp der großmächtlichen Diplomatie und Parteipolitik. Zunächst nahm sich die französische Regierung mit großem Schwung des paneuropäischen Gedankens an. Bereits am 18. August beschloß sie, dem Memorandum Ramadiers Folge zu leisten. Diese Initiative hatte mancherlei Gründe. Dem neuen Kabinett, das am 26. Juli gebildet worden war, gehörten mit Schuman, Paul Reynaud und Léon Blum die Vorkämpfer des Paneuropa-Gedankens in Frankreich an; Ramadier, der Vorsitzende des Europäischen Ausschusses, war jetzt stellvertretender Ministerpräsident. In Paris saß also die Europäische Bewegung in der Regierung. Diese Regierung brauchte ihrer schwierigen innenpolitischen Situation wegen außenpolitische Erfolge und sie hoffte, Westdeutschland in das Europäische System einzubeziehen, ohne ihm zunächst eine eigene staatliche Form zu gewähren.

Aber so aktionslustig die französische Regierung war, so zurückhaltend war die britische Labourregierung. Attlee und Bevin bezeugten wenig Neigung, sich allzu eng an dieses unsichere, vom Kommunismus bedrohte Europa zu binden, zu seinen Gunsten Abstriche an der eigenen Souveränität zu machen und den Zusammenhang mit den Dominien zu lockern. Auch war es den Labour-Ministern wenig sympathisch, daß ausgerechnet Churchill, der Leiter der konservativen Opposition, Bannerträger des europäischen Gedankens in England war und ist. Zwar beseitigte die Commonwealth-Konferenz, die im Oktober in London tagte, einige Zweifel. Aber Bevin gab nur höchst ungern, nicht zuletzt wohl unter amerikanischem Druck, seinen Widerstand auf. Er wendete sich gegen die Errichtung einer „neuen Schwatzbude“ und verlangte langsame und konkrete Fortschritte. Schließlich arbeitete jedoch die britische Regierung Gegenvorschläge aus. Sie sahen einen periodisch zusammentretenden europäischen Ministerrat vor, in dem außer den fünf Mitgliedern des Brüsseler Pakts noch andere europäische Staaten vertreten sein könnten.

Auf der Tagung, die der Konsultativrat der fünf Brüsseler Regierungen im Januar dieses Jahres abhielt, kam es zu einem Kompromiß zwischen den französischen und britischen Plänen. Ueber die Befugnisse, die dieser Rat haben soll, wird jetzt in London zwischen den Vertretern der Brüsseler Mächte, d. h. Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Hollands und Luxemburgs, ferner der drei skandinavischen Länder, und schließlich Italiens und Irlands verhandelt. Ein weiterer Gesprächsgegenstand ist die Hinzuziehung neuer Mitglieder.

Daß der Europäische Rat Wirklichkeit werden wird, ist kaum zu bezweifeln. Eine andere Frage ist, wie groß seine praktische Bedeutung sein wird. Die Zusammenarbeit der demokratischen, westeuropäischen Länder, deren Kern die Gruppe der fünf Staaten des Brüsseler Pakts bildet, ist heute schon sehr eng. Sie wird gewährleistet durch das ERP und den Atlantikpakt. Für den Europäischen Rat bleiben daneben immer noch genügend praktische Aufgaben. Aber sie können zunächst doch wohl nur darin bestehen, allmählich die überlieferten Souveränitätsbegriffe aufzulockern und die Interessengegensätze der Mitglieder in einem umfassenden europäischen Bewußtsein zu mildern.